

IRAN

Aufstand im Basar

Mit den Basar-Händlern hat eine der mächtigsten Gruppen des Landes Präsident Mahmud Ahmadinedschad den Kampf angesagt. Aus Unmut über die Wirtschaftspolitik des Regimes schlossen aufgebrachte Händler in den traditionellen Geschäftsvierteln von Isfahan, Täbris, Maschhad, Schiras und der Hauptstadt Teheran ihre Läden, blockierten die Gassen und drohten mit einem Sturm auf die Banken. Durch die Basare erschollen Aufrufe zum Sturz des Präsidenten. Ganz im Sinne der



Ahmadinedschad

Regierung wettete die konservative Tageszeitung „Keyhan“ gegen die „Lumpen“ und „Schmuggler“, die von „fremden Mächten“ aufgehetzt worden seien. „Die Wirtschaftspolitik der Regierung hat keine klaren Konturen“, konterte der Vertreter der Basaris im Parlament, Asadollah Asgar Oladi.

Auslöser der Demonstrationen war die Ankündigung einer Mehrwertsteuer von drei Prozent. Offiziell verweisen die Händler auf drohende Absatzeinbußen, wenn sich die Waren aufgrund der vielen Zwischenhändler erheblich verteuern sollten.

Mehr jedoch fürchten die Basaris, dass die Regierung durch die nun abverlangten Steuererklärungen genaueren Einblick in ihre Bilanzen erhält. Für Ahmadinedschad kommt die Steuererhöhung einer Verzweiflungstat gleich, denn die konservativen Basaris herauszufordern ist gefährlich. Mit ihrer Macht hatten die Händler 1979 dazu beigetragen, den Schah zu stürzen. Doch um sich weiter Gefolgschaft durch großzügige Subventionen zu erkaufen, braucht der Präsident zusätzliche Einnahmen – vor allem seit der Ölpreis so rapide gefallen ist. Das



Basar in Isfahan

Land werde in diesem Jahr rund 54 Milliarden weniger in der Staatskasse haben, warnt Zentralbankpräsident Mahmud Bahmani. Dennoch machte der Präsident den Basaris erst einmal ein Zugeständnis. Weil das Mehrwertsteuergesetz angeblich noch „verfeinert“ werden müsse, verkündete er Anfang vergangener Woche, werde der Aufschlag erst im kommenden Jahr eingeführt – nach den Präsidentschaftswahlen, die Ahmadinedschad noch einmal gewinnen will.



USA

Das Rätsel Wähler



Nur auf den ersten Blick scheint der Ausgang der Präsidentschaftswahl am 4. November klar: Der Demokrat Barack Obama liegt landesweit mindestens sieben Prozentpunkte vor dem Republikaner John McCain. Doch amerikanische Demoskopie-Experten warnen vor allzu großer Zuversicht. Der wohl größte Unsicherheitsfaktor ist die Hautfarbe des Favoriten. Es könnte sein, dass sich zu viele Weiße, wenn der Vorhang der Wahlkabine zugegangen ist, entgegen ihren Angaben doch nicht durchringen, für einen Schwarzen zu stimmen. Dieses Phänomen, der sogenannte Bradley-Effekt, ist benannt nach dem schwarzen Politiker Tom Bradley. Der hatte 1982 trotz eines großen Vorsprungs in den Umfragen die Wahlen zum Gouverneur von Kalifornien knapp verloren. Offenbar war es vielen Befragten zu peinlich, sich zu ihren Vorurtei-

len zu bekennen, die an der Wahlurne aber den Ausschlag gaben. Allerdings kann der Bradley-Effekt auch zugunsten Obamas ausfallen, vor allem in Staaten im Südosten: In Gegenden mit einer langen Geschichte der Rassentrennung wagen es viele Weiße in Umfragen of-



EMMANUEL DUNAND / AFP

fenbar nicht zuzugeben, dass sie einen Schwarzen unterstützen wollen. Ein anderes Problem ist die geringe Akzeptanz der zumeist über das Telefon eingeholten Umfragen. Die Hälfte aller Angerufenen lehnt eine Beteiligung ab. Häufig sind dies ärmere Weiße mit geringer Bildung – also genau die Wahlberechtigten, die Obama eher kritisch gegenüberstehen. Die Unsicherheit der Demoskopien wird verstärkt durch deren häufig antiquierte Arbeitsweise. 15 Prozent aller erwachsenen Amerikaner besitzen zwar keinen Festnetzanschluss mehr, aber längst nicht alle Institute befragen auch die Mobiltelefonierer. Zudem haben sich mehr als neun Millionen neue Wähler registrieren lassen, viele davon Schwarze und Latinos; jeder Vierte ist jünger als 30 Jahre. Die Wahlbeteiligung dieser Gruppen gilt als besonders schwer prognostizierbar – trotz der Obamania, die viele Jungwähler erfasst hat.

Obama-Anhängerinnen in Virginia